

Bündnis für moderne Mobilität
zwischen dem
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur,
der
Verkehrsministerkonferenz der Länder,
dem
Deutschen Städtetag,
dem
Deutschen Landkreistag
und dem
Deutschen Städte- und Gemeindebund

Die Mobilität im 21. Jahrhundert steht inmitten eines grundlegenden Veränderungsprozesses mit anspruchsvollen Herausforderungen, aber auch vielfältigen Chancen. Zunehmender motorisierter Verkehr belastet Menschen, Infrastrukturen sowie Klima und Umwelt. Städte, Landkreise und Gemeinden müssen gleichzeitig mit erheblichen finanziellen Anstrengungen den öffentlichen Verkehr sichern und stehen dabei vor großen Herausforderungen zwischen rasantem Wachstum in Metropolregionen und der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Es ist Aufgabe der Politik allen Menschen die gleichen Chancen zu ermöglichen - egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Eine bedarfs- und angebotsorientierte, moderne Mobilität ist wesentliche Voraussetzung hierfür.

Ziele

Moderne Mobilität muss die Lebensqualität erhöhen, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Aktivität ermöglichen sowie das Klima und die Umwelt schonen – heute und für zukünftige Generationen. Darunter verstehen wir eine Mobilität, die gleichwertige Lebensverhältnisse bietet und gewährleistet, dass wir die vereinbarten Klimaschutzziele erreichen. Mobilität muss für alle bezahlbar sein, Verkehr muss klimafreundlich, schadstoffarm,

flexibel, sicher und zuverlässig sein. Dazu gehört auch, den öffentlichen Verkehrsraum auf den sich verändernden Mix aus Individual- und öffentlichem Verkehr auszurichten und den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln den notwendigen Platz einzuräumen. Wer in dieser Richtung verändern will, benötigt Gestaltungsspielraum. Kommunen sollen Mobilität rechtssicher so gestalten können, dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Denn Mobilität wird vor Ort gelebt.

Mit diesen Zielen vor Augen schließen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Verkehrsministerkonferenz der Länder, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund das „Bündnis für moderne Mobilität“.

Inhalte der Zusammenarbeit

Das „Bündnis für moderne Mobilität“ adressiert die Handlungsfelder der Mobilität vor Ort. Insbesondere an den Schnittstellen zwischen Kommunen, Ländern und Bund werden ein abgestimmtes Handeln und ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch benötigt. Wichtige Arbeitsbereiche sind insbesondere der Ausbau des Rad- und Fußverkehrs und des ÖPNV im städtischen und ländlichen Raum sowie dessen Digitalisierung und Vernetzung und der Ausbau von Infrastrukturen für alternative Antriebe. Die Bündnispartner werden sich nach Gründung des Bündnisses über konkrete Vorhaben abstimmen, diese gemeinsam priorisieren und sich fortlaufend über erforderliche neue Schwerpunkte verständigen.

Alle Mitglieder des Bündnisses wirken daran mit, schnell Verbesserungen vor Ort zu erzielen. Wir wollen die verfügbaren rechtlichen Spielräume besser ausnutzen und, wo erforderlich, wollen wir gemeinsam die Regulierung und Förderung seitens des Bundes zielgerichtet anpassen und den Handlungsrahmen erweitern. Die Kommunen kennen die Bedürfnisse ihrer Bewohner und Betriebe und wissen, wo der Handlungsdruck am größten ist. Die Verkehrsminister der Länder wissen um die regionalen Besonderheiten vor Ort. Gemeinsam wollen wir erarbeiten, welche Anpassungen auf allen Ebenen nötig sind, um Mobilität lokal besser planen und organisieren zu können. In engem Austausch wollen wir zunächst Handlungsbedarfe identifizieren, geeignete Maßnahmen ergreifen und Erfolgskriterien definieren. Die Ergebnisse der Bündnisarbeit wollen wir laufend evaluieren und wenn notwendig frühzeitig Hand in Hand nachsteuern. Konkret wollen die Partner insbesondere:

- Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird im Rahmen des Klimapakets zusätzliche Fördermittel zur Verfügung stellen und gemeinsam mit den Bündnispartnern Vorschläge für neue lokale Regulierungsmöglichkeiten prüfen – insbesondere hinsichtlich der Neuaufteilung und -regelung des öffentlichen Verkehrsraums. Mit gezielten Angeboten zum Austausch von Best-Practices leistet das

Ministerium Hilfestellung dabei, das Wissen über bereits heute bestehende Möglichkeiten - beispielsweise in der Gestaltung von flächendeckenden Radverkehrsnetzen – besser in die Breite zu tragen.

- Die Länder wollen vorhandene Strukturen so weiterentwickeln, dass die Kommunen dabei unterstützt werden, ihre Handlungsspielräume und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auszuschöpfen. Rechtliche Freiräume sollen so genutzt und bei Bedarf weiterentwickelt werden, dass Vorhaben im Sinne dieses Bündnisses vor Ort zügig und zielsicher umgesetzt werden können. Diesbezüglich unterstützen die Länder die Kommunen, wobei Doppelstrukturen vermieden und bestehende Aktivitäten in den Ländern verstärkt werden sollen.
- Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen ihre Mitglieder dabei, moderne lokale und regionale Verkehrskonzepte aufzusetzen, die den bestehenden Handlungsspielraum und die Finanzmittel voll ausschöpfen. Um die Ziele des Bündnisses zu erreichen, müssen die Kommunen zahlreiche Maßnahmen schnell in die Umsetzung bringen können. Die kommunalen Spitzenverbände bringen die Expertise ihrer Mitglieder in das Bündnis ein und weisen auf notwendige Handlungs- und Regelungserfordernisse bei Bund und Ländern hin, um insbesondere den Mittelabfluss zu beschleunigen. Sie wirken in ihrer Funktion als Multiplikatoren an Projektdatenbanken über gute und skalierbare Lösungen nachhaltiger Verkehrssysteme unter Einbeziehung bestehender Angebote mit. Im Bereich der Qualifizierung und des Know-how-Transfers in die Städte, Landkreise und Gemeinden unterstützen die kommunalen Spitzenverbände bestehende und neue Formate.

Zusammenarbeit

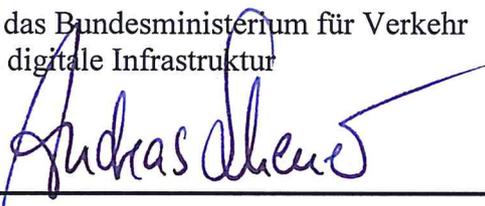
Das Bündnis trifft sich mindestens jährlich auf Spitzenebene, um den Fortschritt zu überprüfen. Ein Lenkungskreis auf Arbeitsebene wird eingerichtet, der die Zusammenarbeit im Rahmen des Bündnisses steuert. Hierfür benennen alle Seiten Ansprechpartner. Insbesondere sollen auch die Ergebnisse aus der Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse sowie Maßnahmen der verschiedenen betroffenen Bundesressorts in den Prozess einfließen. Die betroffenen Bundesressorts werden regelmäßig in die Beratungen auf Ebene des Lenkungskreises einbezogen. Die Themen werden – wo sinnvoll – in bereits bestehenden Formaten, wie zum Beispiel Bund-Länder-Gremien sowie dem Nationalen Kompetenznetzwerk für nachhaltige urbane Mobilität, behandelt.

Schlussbestimmung

Jeder Unterzeichner trägt die Kosten seiner Beteiligung an dem im Rahmen dieser Gemeinsamen Absichtserklärung initiierten Dialogprozess selbst.

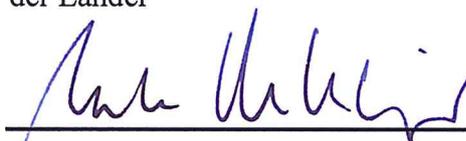
Berlin, den 21. November 2019

Für das Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur



Andreas Scheuer
Bundesminister für Verkehr und digitale
Infrastruktur

Für die Verkehrsministerkonferenz
der Länder



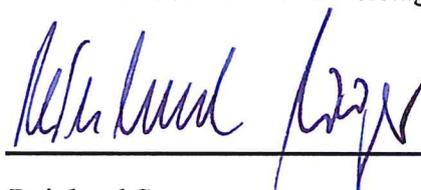
Anke Rehlinger
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie
und Verkehr des Saarlands und
Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz

Für den Deutschen Städtetag



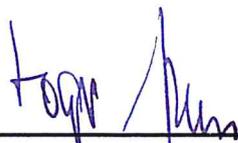
Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster und
Vizepräsident des Deutschen Städtetags

Für den Deutschen Landkreistag



Reinhard Sager
Landrat des Kreises Ostholstein und
Präsident des Deutschen Landkreistags

Für den Deutschen Städte- und Gemeinde-
bund



Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags Baden-
Württemberg und Vizepräsident des
Deutschen Städte- Gemeindebundes